

DIE ZEIT – Spiel mit Bush

Rauner

DIE ZEIT

44/2004

Spiel mit Bush

Der wahre Charakter von Mächtigen zeigt sich erst in ihrer letzten Amtszeit. Das sagt die Spieltheorie. Die einen schädigen rücksichtslos die Umwelt, andere zeigen sich als Gutmenschen

Von Max Rauner

George W. Bush und die Umweltbewegung, das ist wie Feuer und Wasser. Mitte September war es mal wieder so weit: Der US-Präsident wiederholte seine Zweifel am menschengemachten Treibhauseffekt. Die Hoffnung auf einen Kurswechsel, vor kurzem durch einen Regierungsreport genährt, ist dahin. Bush wiedergewählt, Umwelt kaputt?

Tatsächlich könnte alles noch viel schlimmer kommen als in den ersten vier Bush-Jahren. Das jedenfalls legt eine Politiksimulation nahe, die zwei Wirtschaftswissenschaftler vor kurzem veröffentlicht haben. Daniel Sturm von der Universität München und John List von der University of Maryland haben untersucht, wie die Umweltpolitik in den US-Bundesstaaten von einer Legislaturperiode zur nächsten schwankt. Ergebnis: Wenn die Amtszeit eines Politikers auf zwei Legislaturperioden begrenzt ist, kann die Umweltpolitik nach der Wiederwahl ganz anders aussehen als in der ersten Amtsperiode. Schließlich muss sich der Regierungschef in der zweiten Halbzeit nicht mehr um seine Wähler kümmern. »Mich würde nicht wundern, wenn Bush in seiner zweiten und damit letzten Amtszeit die Ölbohrungen in Alaska noch aggressiver vorantreiben würde«, sagt Sturm.

Zum Beweis haben er und sein US-Kollege eine Fülle von Daten zusammengetragen, darunter die Ergebnisse der Gouverneurswahlen in 48 amerikanischen Bundesstaaten zwischen 1960 und 2000, die Umweltausgaben in den jeweiligen Amtsperioden sowie die Mitgliederzahlen von Umweltorganisationen wie Greenpeace und Friends of the Earth im Verhältnis zur Bevölkerung. Demnach schwankt die Umweltpolitik von ein und demselben Politiker mitunter drastisch: In »grünen« Staaten wie Kalifornien, Massachusetts und Vermont gaben die Gouverneure in der ersten Legislaturperiode durchschnittlich 5,5 Prozent mehr Geld für Nationalparks und Umweltschutz aus als im zweiten, um die grünen Wähler bis zur Wahl bei der Stange zu halten. In umweltpolitisch »schwarzen« Staaten wie Louisiana, Alabama und Mississippi war es umgekehrt: Während der ersten Amtszeit lagen die Umweltausgaben deutlich unter dem Etat der zweiten Amtszeit.

»Wenn ein Politiker nicht wiedergewählt werden kann, folgt er stärker seinen persönlichen Überzeugungen«, sagt Sturm. Das zeigt sich auch in den berühmten »Mitternachtsverordnungen« scheidender US-Präsidenten. Sie werden am letzten Arbeitstag unterzeichnet, quasi beim Schreibtischaufräumen. Bill Clinton offenbarte dabei sein grünes Herz. An seinem letzten Präsidentschaftstag begnadigte er 140 Menschen. Kurz zuvor hatte er außerdem mit einer Richtlinie einige Millionen Hektar Land unter Naturschutz gestellt.

Daniel Sturm und John List bestätigen mit ihrer Statistik, was man ungefähr vermutet hätte. Brisant wird die Forschungsarbeit dadurch, dass die beiden nicht nur Zahlen wälzen, sondern versuchen, Politik mit Hilfe der Spieltheorie zu berechnen. »Spielen« heißt hier, dass Wähler und Politiker als strategische Mitspieler betrachtet werden, die ihren Nutzen zu maximieren versuchen. Die beiden Forscher führen dazu eine Reihe von Parametern ein, etwa eine »Ego-Rendite«, die Politiker dazu anspornt, im Amt zu bleiben, sowie linke

und rechte Wähler, die unterschiedlich hohe Staatsausgaben favorisieren. Neben den linken und rechten gibt es in dem Modell noch kleinere Gruppen grüner und antigrüner Wähler, die ihre Wahlentscheidung nach der Umweltpolitik ausrichten. Die Wissenschaftler leiten daraus eine mathematische Gleichung ab, mit der sie die Schwankungen der Umweltausgaben von der ersten zur zweiten Amtszeit berechnen. »Das stimmt gut mit der Wirklichkeit überein«, sagt Sturm. Dass die Amtszeit der meisten US-Gouverneure beschränkt ist, erweist sich als Glücksfall, um die Theorien ausführlich zu testen. Für Sturm sind die US-Bundesstaaten »ein ideales Labor«. Die Analyse wurde vom National Bureau of Economic Research publiziert.

Das Modell sei nicht nur für die Umweltpolitik relevant, glauben die Forscher, sondern beschreibe ganz allgemein den politischen Prozess. »Wer zu einer klar identifizierbaren Wählergruppe gehört, profitiert davon«, sagt Sturm. In den USA kümmern sich Präsidentschaftskandidaten um die Minderheiten vor allem in den *swing states*, in denen beide Anwärter in Meinungsumfragen nur wenig auseinander liegen. In Florida, Pennsylvania und New Jersey schenkt George W. Bush derzeit jüdischen Wählern besondere Aufmerksamkeit. John Kerry umgarnt in Werbespots Latinos und Afroamerikaner. »Solche Strategien spielen auch in Deutschland eine Rolle«, sagt Sturm, »Schröder lässt die Kohlesubventionen nicht bestehen, weil er an sie glaubt, sondern weil er auf die Wählerstimmen der Bergarbeiter hofft.« Die Rede vom »Machtpoker« kommt nicht von ungefähr.

Die Begründung für solche Thesen dürfte hierzulande allerdings auf Vorbehalte stoßen. Unter deutschen Politikwissenschaftlern ist die Spieltheorie – anders als in den Wirtschaftswissenschaften – noch verpönt. »Da gibt es starke Vorbehalte«, sagt Gerald Schneider von der Universität Konstanz. Er ist einer der wenigen Politikwissenschaftler hierzulande, die keine Angst vor einer Mathematisierung politischer Fragen haben. »Im angelsächsischen Raum ist die Ökonomisierung der Sozialwissenschaften weit vorangeschritten«, sagt der gebürtige Schweizer und prophezeit: »Das wird auch in Deutschland stärker kommen.« In der Politik werde noch strategischer gehandelt als in der Wirtschaft, ist Schneider überzeugt, »mit der Spieltheorie können wir politische Entscheidungsprozesse besser verstehen«. Zwei Revolutionen hätten die Politikwissenschaft grundlegend verändert, meint er: Die erste war die Einführung der Umfrageforschung in den sechziger Jahren. Plötzlich spielten politische Umfragen eine wichtige Rolle für die wissenschaftliche Analyse. Die zweite Revolution war die Hinwendung zur Ökonomie in den achtziger Jahren. Diese hätten die deutschen Forscher verschlafen.

An Schneiders Lehrstuhl wird mittels Spieltheorie unter anderem untersucht, wie stark Deutschlands EU-Politik von Lobbyverbänden beeinflusst wird. Dafür bewerten die Forscher die Positionen der Verbände und Ministerien auf einer Zahlenskala. Bei den Verhandlungen zur Altauto-Rücknahmeverordnung waren dies zum Beispiel die Extrempositionen 0 (contra Rücknahmepflicht) und 100 (pro Rücknahmepflicht). »Mitspieler« waren Autoindustrie, ADAC, Greenpeace, Schredderindustrie, Bundeskanzleramt, Umweltministerium und andere. Für jeden Spieler wird außerdem eine »Machtvariable« eingeführt, die den politischen Einfluss bemisst. Ist die EU-Richtlinie verabschiedet, werden Gewinne und Verluste berechnet und verglichen. Fazit: Die Angst vor einer »Herrschaft der Verbände« sei für die EU-Politik der Bundesregierung durchaus begründet, schreiben Schneider und sein Kollege Konstantin Baltz. Besonders deutlich wurde dies bei den Verhandlungen zur Altauto-Rücknahme: Nachdem VW-Chef Ferdinand Piëch beim Bundeskanzler interveniert hatte, vollzog die Bundesregierung eine drastische Kehrtwende.

Ob Lobbyverbände oder Wähler die Politik stärker beeinflussen, darüber sind sich die Spieltheoretiker noch nicht einig. Gene Grossman (Princeton) und Elhanan Helpman (Harvard), zwei Protagonisten der Spieltheorie, betonen in ihrem Buch *Special Interest Politics* die Bedeutung der Lobbygruppen. Daniel Sturm und John List ziehen aus ihrer Analyse der Gouverneurswahlen dagegen den Schluss, selbst kleine Wählergruppen könnten einen größeren Einfluss auf die Politik haben, als gemeinhin angenommen. Jedenfalls solange Politiker noch eine Wahl vor sich haben. Sturm will als Nächstes die Statistik der Todesurteile in den US-Bundesstaaten untersuchen. Er vermutet, dass Gouverneure in stramm konservativen Staaten in ihrer ersten Amtszeit mehr Todesurteile unterzeichnen als in ihrer zweiten – sofern sie danach nicht wiedergewählt

werden können. Ein makabres Spiel für eine gewonnene Wahl.